

Mit lockernden Maßnahmen und offenem Vollzug: SPD will Resozialisierung für Haftentlassene verbessern

Mittwoch 13. Januar 2016 - Hannover (wbn). Die SPD-Landtagsfraktion will die Resozialisierung für haftentlassene Straffällige weiter verbessern. Davon soll letztlich auch die Gesellschaft profitieren.

Marco Brunotte, Sprecher für Justizvollzug und Straffälligenhilfe der SPD-Landtagsfraktion: „Entlassene Straffällige sind morgen wieder unsere Nachbarn. Deshalb ist es wichtig, sie auf dem Weg nach der Haft ins normale Leben so zu begleiten, dass sie auch gute Nachbarn werden.“

Fortsetzung von Seite 1

Dazu, so Brunotte, werde vor allem eine möglichst einheitliche und durchgängige Betreuung der Straffälligen, vor und nach der Entlassung aus der Haft benötigt. „Was einen Neuanfang in vielen Fällen erschwert, ist die Tatsache, dass Straffällige auf dem Weg ins normale Leben oftmals auch hoch verschuldet oder drogenabhängig sind, keinen festen Wohnsitz und keinen Arbeitsplatz haben. Und vor allem fehlen ihnen tragfähige und belastbare soziale Beziehungen.“

Zusammenspiel zwischen Tätern und Gesellschaft

Resozialisierung sei ein wechselhafter Prozess zwischen der Gesellschaft und den Tätern. „Wir wollen – immer mit dem ausdrücklichen Blick auch auf die berechtigten Sicherheitsinteressen von Opfern und Gesellschaft – vollzugslockernde Maßnahmen und den offenen Vollzug als Instrument stärker nutzen. Es ist erwiesen, dass man damit eine bessere und erfolgreiche Eingliederung nach der Haftentlassung vorbereiten kann.“

SPD-Landtagsfraktion will Resozialisierung von Straffälligen optimieren

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 13. Januar 2016 um 13:39 Uhr

So soll es möglich sein, kurze Freiheitsstrafen durch resozialisierende Sanktionsformen wie Ersatzfreiheitsstrafen im offenen Vollzug zu ersetzen.

Oppositionsfraktionen unterstützen Idee des Gesamtkonzepts

Brunotte: „Ich freue mich, dass wir mit dieser Parlamentsinitiative fraktionsübergreifend einen neuen Umgang mit Resozialisierung von Straffälligen vorbereiten. CDU, FDP und die Rot-Grüne Regierungskoalition sind sich mit diesem gemeinsamen Entschließungsantrag einig, dass wir in Zukunft in Niedersachsen ein Gesamtkonzept brauchen, um eine effektivere Resozialisierung schaffen zu können“